

in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, ein Begriff, dem als Kriterium die Beschäftigungsstruktur zugrunde liegt.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß nicht durchweg ein Begriff benutzt worden ist. Unsere Überprüfung der Bevölkerungszahlen für die drei provinzfreen Städte hat ergeben, daß für diese in beistehender Tabelle der Wohnsitz als Kriterium zugrunde gelegt worden ist. Man kann also davon ausgehen, daß in der Tabelle für alle Provinzeinheiten die städtische Bevölkerung auf der Grundlage des Wohnsitzes aufgeführt ist. -st-

Tabelle: STATISTIK ÜBER DIE STÄDTISCHE BEVÖLKERUNG CHINAS (Stand: Ende 1985)

Gebiet	Zahl der Städte	Zahl der Haushalte (in Mio.)	Gesamtbevölk. zahl (in Mio.)
China insges.	324	53,51	211,87
Beijing	1	1,68	5,86
Tianjin	1	1,52	5,38
Hebei	12	1,97	7,35
Shanxi	10	1,51	6,38
Innere Mongolei	16	1,3	5,35
Liaoning	17	4,57	16,82
Jilin	12	1,86	7,27
Heilongjiang	16	2,72	10,62
Shanghai	1	1,97	6,98
Jiangsu	13	2,84	9,66
Zhejiang	11	2,02	6,93
Anhui	15	1,64	6,47
Fujian	10	1,02	4,3
Jiangxi	12	1,28	5,75
Shandong	19	4,66	18,48
Henan	18	2,12	8,82
Hubei	14	2,82	11,64
Hunan	20	2,1	8,39
Guangdong	17	2,84	11,9
Guangxi	11	1,17	5,35
Sichuan	19	3,83	15,18
Guizhou	6	1,06	4,88
Yunnan	11	1,17	5,39
Tibet	1	0,01	0,11
Shaanxi	8	1,31	5,4
Gansu	12	1,14	5,24
Qinghai	2	0,15	0,66
Ningxia	4	0,25	1,13
Xinjiang	15	0,98	4,18

Anmerkung: Ohne Taiwan.
Quelle: RMRB, 27.6.86

VERTEIDIGUNG

*
*

*** (17)
Über den 'Vater' der chinesischen Atomwaffen**

Mitte Juni 1986 wurde Deng Jiaxian zum stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees für Wissenschaft und

Technik der Kommission für Rüstungsforschung und -technik und für Rüstungsindustrie ernannt (BRu, 8.7.86, S. 7-8). Der 62jährige Deng gilt als der 'Vater' der chinesischen Atom- und der chinesischen Wasserstoffbombe. Kurz nach 1949 kehrte er aus den USA mit einem Dokortitel der Purdue-Universität in Physik nach China zurück und wurde dort in der Atomphysik-Forschung eingesetzt. Als im Jahre 1958 das Forschungsinstitut für Atomwaffen gegründet wurde, erhielt Deng die Position des Leiters der Theorie-Abteilung. Seitdem beschäftigte sich Deng vor allem mit der Entwicklung von Atomwaffen. Die Forschungen von Deng Jiaxian und seinen Kollegen mündeten am 16. Oktober 1964 in der Zündung der ersten chinesischen Atombombe. Drei Jahre später, am 17. Juni 1967 (BRu: September 1967), gelangen Deng und seinem Team die erfolgreiche Testexplosion der ersten chinesischen Wasserstoffbombe. Insgesamt leitete er 15 der 32 bisher von der VR China vorgenommenen Atombombentests. Für seine großen Verdienste um die Entwicklung der chinesischen Atomwaffen wurde Deng Jiaxian im September 1982 zum Vollmitglied des XII. Zentralkomitees der KPCh gewählt. -sch-

*** (18)
Zivile Produktion der Verteidigungsindustrie**

Nach Aussagen des Ministeriums für Feldzeugindustrie produzieren die Betriebe unter der Kontrolle des Ministeriums zur Zeit "mehr als 700 verschiedene Erzeugnisse für den zivilen Gebrauch in 16 Produktgruppen". Im Mittelpunkt der zivilen Produktion stehen "Kameras, Kühlschränke, Waschmaschinen, Motorräder, Fahrräder und Nähmaschinen". Insgesamt macht der zivile Produktionsanteil zur Zeit rund ein Drittel des gesamten Produktionswerts der Industrie aus. Bis 1990 wird der "Produktionswert der Produkte für den zivilen Gebrauch... rund zwei Drittel der gesamten Produktion ausmachen", die von der Feldzeugindustrie erstellt wird.

Eine der Voraussetzungen für die Produktionsumstellung während der letzten fünf Jahre war der Import von "140 Einheiten fortgeschrittener Technologie und Ausrüstung einschließlich der Technologie zur Motorradproduktion aus Japan, der Kühltechnik aus Italien, und der Technologie zur Herstellung von 36-t- und 20-t-Lkws aus den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland". Gleichzeitig exportierte die Industrie Jagd- und Sportwaffen, chemische Produkte, leichtindustrielle Produkte, Textilien und photoelektrische Produkte im Werte von

100 Mio. US\$. (XNA, 30.06.86) -ma-

KULTUR

*
*

*** (19)
Wang Meng neuer Kulturminister**

Wang Meng, einer der führenden Schriftsteller Chinas, wurde am 25. Juni 1986 auf der 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK zum neuen Kulturminister ernannt (RMRB, 26.6.86). Damit ist jetzt offiziell bestätigt, worüber seit Monaten spekuliert worden war. Wang Meng löst den bisherigen Kulturminister Zhu Muzhi ab, der dieses Amt seit Mai 1982 bekleidete. Mit Wang Meng hat die VR China zum zweitenmal einen prominenten Schriftsteller als Kulturminister. Der erste Kulturminister der VR China nach Gründung der Volksrepublik war der 1981 verstorbene Romancier Mao Dun, der dieses Amt bis 1964 innehatte.

Wang Meng wurde am 15.10.1934 im Kreis Nanpi in der Provinz Hebei geboren. Bereits im Alter von 13 Jahren trat er der Kommunistischen Partei bei. Wang besuchte eine Beijinger Oberschule; nach deren Absolvierung betätigte er sich in der Jugendliga und schloß sich der kommunistischen Studentenbewegung an. Im Jahre 1953 begann er Romane zu schreiben. Sein erster Roman trägt den Titel "Lang lebe die Jugend" (Qingchun wansui). 1956 folgte sein zweiter Roman "Frühlingsfest" (Chun jie). Der Durchbruch gelang ihm 1957 kurz vor der "Anti-Rechts-Kampagne" mit der längeren Kurzgeschichte "Der Neuankömmling in der Organisationsabteilung" (Zuzhibu xinlai de qingnianren). Das Werk schildert die starre Denkweise, den Formalismus und Bürokratismus der Kader und erregte großes Aufsehen. Von seiten der Partei wurde das Werk als "giftiges Unkraut" abgelehnt und Wang Meng selbst als bürgerliches Rechtselement kritisiert. Als Rechtsabweichler mußte er sich der "Reform durch Arbeit" unterziehen und in einem Beijinger Vorort körperliche Arbeit leisten.

Im Jahre 1961 wurde er rehabilitiert und konnte nach Beijing zurückkehren. Im September 1962 wurde er Dozent für zeitgenössische Literatur an der Pädagogischen Hochschule Beijing, obwohl er selbst nie eine Hochschule besucht hatte. In der folgenden Zeit erschienen mehrere Romane, darunter "Nachtregen" (Yeyu) und "Augen" (Yanjing). Da Wang Meng bald wieder Schwierigkeiten bekam, ging er Ende 1963 mit seiner Familie freiwillig nach Xinjiang. Dort lebte er bis 1979 in einfachsten Verhältnissen

und lernte das Leben der Uiguren kennen. Vor allem lernte er Uigurisch und übersetzte uigurische Literatur ins Chinesische.

Nach seiner Rückkehr nach Beijing im Juni 1979 begann eine literarisch fruchtbare Phase für Wang Meng. Erst jetzt wurde sein erster Roman "Lang lebe die Jugend" veröffentlicht. Mehrere seiner Werke erhielten nationale Preise, darunter die Erzählung "Das Wertvollste" (Zui baogui de, 1978). Es entstanden über zehn Romane und Erzählungen, u.a. "Augen der Nacht" (Ye de yan), "Das dankbare Herz" und "Die Drachenschur". In seinen Werken widmet er sich besonders der psychologischen Beschreibung seiner Charaktere; als einer der ersten führte er die Bewußtseinsstromtechnik in die chinesische Literatur ein.

Auch offizielle Aufgaben wurden ihm übertragen: 1981 wurde er Ratsmitglied des Chinesischen Schriftstellerverbandes, 1982 einer der Vizepräsidenten des Chinesischen PEN-Zentrums, 1983 Chefredakteur der wichtigen literarischen Zeitschrift "Volksliteratur". Im Januar 1985 schließlich wurde er auf dem nationalen Schriftstellerkongreß zum ersten Vizepräsidenten des Chinesischen Schriftstellerverbandes gewählt, womit er praktisch zum wichtigsten Literaturfunktionär wurde, zumal der Verbandspräsident Ba Jin aufgrund seines hohen Alters die Geschäfte nicht mehr voll wahrnehmen kann.

Daneben wurden Wang Meng auch politische Ehren zuteil: 1982 wurde er als alternatives Mitglied und 1985 als Vollmitglied ins ZK aufgenommen. (Biograph. Daten nach: IS, April 1986)

Schon mit der Wahl Wang Mengs im September 1985 zum ZK-Vollmitglied konnte man ahnen, daß die Partei diesem Schriftsteller ihr Vertrauen schenkt, und zwar nicht ohne Absicht. Wang Meng gilt als entschiedener Verfechter des "Hundert-Blumen-Kurses" in Literatur und Kunst. Insofern dürfte er auch das Vertrauen der meisten Schriftsteller genießen. Wenn die Partei ihm jetzt das Amt des Kulturministers aufgebürdet hat (wir wissen, daß Wang Meng sich lange geweigert hat, dieses Amt anzunehmen), dann in der Überzeugung und Hoffnung, daß er - und vielleicht nur er - in der Lage ist, zwischen Partei und Schriftstellern integrierend zu wirken und das vorhandene Mißtrauen der Literaten und Künstler gegenüber der Partei abzubauen. Zweifellos ist Wang Meng - einst selbst ein Opfer orthodoxer Kulturpolitik - ein Garant für die "Hundert-Blumen-Politik". Allerdings weiß er auch, daß es politische Grenzen

gibt. -st-

*(20)

Dritte Tagung der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik

Vom 23. bis 27. Juni 1986 fand in Beijing unter Teilnahme von über 2.000 Delegierten, die insgesamt über 7 Millionen Wissenschaftler und Techniker vertreten, die 3. Tagung der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik statt. Auf der Tagung wurden die Schwerpunkte der Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik sowie die Aufgaben innerhalb der nächsten fünf Jahre diskutiert. Außerdem wurde ein neuer Präsident gewählt. Der bisherige Präsident der Gesellschaft, Zhou Peiyuan, wurde durch den bekannten Atomforscher und bisherigen Vizepräsidenten der Gesellschaft Qian Xuesen abgelöst.

Auf der Eröffnungsversammlung sprach Politbüromitglied und Mitglied des Sekretariats der KPCh Hu Qili zu den Delegierten. Zunächst ging Hu Qili auf die Fortschritte ein, die in den vergangenen sechs Jahren erzielt worden sind (die 2. Tagung der Gesellschaft hatte 1980 stattgefunden). Wissenschaft und Technik, so sagte er, seien eng mit dem wirtschaftlichen Aufbau verbunden und spielten eine große Rolle beim Aufbau der sozialistischen materiellen und geistigen Zivilisation. Seit 1949 habe es noch nie eine so gute Zeit für die Wissenschaft gegeben wie gegenwärtig. Dennoch hoffe er auf den folgenden Gebieten auf weitere Anstrengungen:

1. Das Wissenschafts- und Techniksystem müsse weiter reformiert werden, Wissenschaft und Technik müßten noch mehr dem wirtschaftlichen Aufbau dienen und dazu beitragen, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Bruttoproduktionswert in Industrie und Landwirtschaft vervierfacht werden könne. Dabei sei das Augenmerk besonders auf Energiequellen, Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie Rohmaterialien zu legen. Außerdem solle den ländlichen Gebieten große Aufmerksamkeit geschenkt werden, aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung großer, mittlerer und kleiner Betriebe. Darüber hinaus dürfen die Grundlagenforschung und die Entwicklung der Hochtechnologie nicht vernachlässigt werden.

2. Wissenschaft und Technik hätten eine aktive Rolle beim Aufbau der geistigen Zivilisation zu spielen, indem sie gegen Unwissenheit, Aberglauben und Rückständigkeit kämpften. Die Gesellschaften für Wissenschaft und Technik aller Ebenen sollten sich der Gesellschaft, insbesondere auf dem Lan-

de, zuwenden und sich verstärkt um die Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse bemühen.

3. Man solle an der Politik der "Hundert Schulen" festhalten, die Demokratie entfalten, die Einheit stärken und den Wissenschaftsaustausch innerhalb Chinas und zwischen China und dem Ausland intensivieren. In der wissenschaftlichen Forschung und Diskussion sollten unterschiedliche Meinungen frei erörtert werden. Bei Problemen in bezug auf den wirtschaftlichen Aufbau, technische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen sollten die Meinungen der Wissenschaftler und Techniker gehört werden.

Die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen rief Hu Qili auf, die Arbeit der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik zu unterstützen.

Der scheidende Präsident der Gesellschaft, Zhou Peiyuan, gab einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen sechs Jahre und stellte als die wichtigsten Aufgaben für die nächsten fünf Jahre dreierlei heraus: 1. den Wissenschaftsaustausch intensivieren und dem wissenschaftlichen Fortschritt dienen; 2. der Wirtschaft dienen und für die Verbreitung von Wissenschaft und Technik sorgen; 3. das Wissen und die Begabung der Wissenschaftler zur Geltung kommen lassen und denjenigen Wissenschaftlern dienen, die große Projekte in Angriff nehmen wollen (RMRB, 24.6.86).

Auch der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Song Jian, sprach zu den Delegierten. Er kündigte an, daß ein Gesetz zum Schutz akademischer Aktivitäten und der Gesellschaften für Wissenschaft und Technik in Vorbereitung sei, an dem auch Wissenschaftler mitwirkten. Laut Song soll das Gesetz den wissenschaftlichen Gesellschaften einen offiziellen Status geben und ihre Rolle sowie ihr Verhältnis zur KPCh, zur Regierung und zur Wirtschaft definieren. Das Gesetz würde diese Organisationen gegen Einmischung von außen schützen und dafür garantieren, daß ihre Arbeit normal verläuft. Gegenwärtig gibt es nach Angaben Song Jians in China 138 nationale Wissenschaftsgesellschaften und andere Organisationen mit einer Mitgliedschaft von 1,8 Millionen, die an die Gesellschaft für Wissenschaft und Technik angebunden sind (XNA, 26.6.86).

Der neue Präsident Qian Xuesen, der auf der Abschlusssitzung sprach, wies auf die Leistungen der älteren Wissenschaftlergeneration hin, die sich für die Modernisie-

zung des Landes eingesetzt habe und Vorbild für die jüngere Generation sei (RMRB, 28.6.86). Am letzten Tag der Konferenz wurden außer dem Präsidenten 14 Vizepräsidenten (darunter eine Frau) sowie der Ständige Ausschuß und das Sekretariat der Gesellschaft gewählt (vgl. RMRB, 28.6.86).

Der Rede Hu Qilis (abgedruckt in RMRB, 27.6.86) kommt zweifellos die größte Bedeutung aller Reden auf dieser Tagung zu. Sie brachte in bezug auf die Wissenschaftspolitik zwar keine neuen Inhalte, bestätigte aber die Fortführung des gegenwärtigen Wissenschaftskurses und setzte erneut die bekannten Akzente: Die Wissenschaft soll der Modernisierung und dem wirtschaftlichen Aufbau dienen. Dabei ist die Modernisierung nicht nur materiell zu verstehen, sondern auch geistig, d.h., durch die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse sollen Aberglauben und Rückständigkeit überwunden werden. -st-

* (21)

Erweiterung der Verwaltungskompetenz der Hochschulen

Der Staatsrat hat kürzlich "Provisorische Bestimmungen über die Verwaltungsaufgaben in der Hochschulerziehung" erlassen. Mit diesen Bestimmungen sollen die Führung und Verwaltung des Staates in bezug auf die Hochschulerziehung gestärkt und reformiert und die Verwaltungskompetenz der Hochschulen erweitert werden, was weiterer Schritt bei der Verwirklichung des ZK-Beschlusses hinsichtlich der Reform des Erziehungssystems bezeichnet wird. Im einzelnen regeln die Bestimmungen die folgenden 8 Punkte (vgl. RMRB, 4.6.86):

1) Selbstverwaltung: Unter der Voraussetzung, daß der staatliche Plan für die Ausbildung von Fachleuten erfüllt wird, können die Hochschulen in einem vom Staat festgelegten Verhältnis darüber hinaus mit anderen Abteilungen und Regionen Kurse durchführen sowie Studenten im Auftrag von Betrieben und selbstzahlende Studenten ausbilden. Im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen des Staates können sie Studenten aufnehmen und nicht qualifizierte Studenten abweisen. Sie führen die staatlichen Pläne bezüglich der Stellenzuweisung ihrer Absolventen aus und können zusätzlich Absolventen an einstellende Einheiten vermitteln.

2) Finanzen: Unter der Voraussetzung, daß sie sparsam wirtschaften und das staatliche Finanzsystem respektieren, erhalten die Hochschulen die Kompetenz, ihre Finanzen selbst zu verwalten. Sie können

die ihnen zuerteilten Mittel verbrauchen; Mehrausgaben werden ihnen nicht erstattet, und nicht verbrauchte Mittel können sie behalten. Die Einnahmen, die sie von Betrieben für die Ausbildung von Studenten, von selbstzahlenden Studenten, für Fortbildungskurse und alle Arten von anderen Kursen sowie für soziale, technische und sonstige Beratungsdienste erhalten, können sie gemäß den staatlichen Bestimmungen für Entwicklungsprojekte, die kollektive Wohlfahrt und Prämien für Individuen verwenden.

3) Investitionen: Für Investitionen tragen die Hochschulen die Verantwortung selbst. Bei Bauvorhaben können sie die Baubetriebe und die Baupläne selber auswählen, sofern der von den Aufsichtsbehörden gebilligte Gesamtplan eingehalten wird. Unverbrauchte Mittel können aufbewahrt werden, Mehrausgaben werden nicht ersetzt.

4) Personalwesen: Die Hochschulen erhalten größere Vollmachten in bezug auf die Kaderverwaltung. Sofern die Voraussetzungen der Kader, der Stellenplan und die Schritte für ihre Auswahl eingehalten werden, kann der Präsident der betreffenden Hochschule die Ernennung und Entlassung des Vizepräsidenten, des Verwaltungspersonals aller Ebenen sowie der Lehrkräfte und des übrigen Personals vorschlagen.

5) Berufungen: Hochschulen, die dazu die Berechtigung haben, können im Einklang mit den staatlichen Regelungen die Einstellungsanforderungen für außerordentliche Professoren ("associate professors", fu jiaoshou) selbst bestimmen, einige wenige auch die für Professoren. Ferner können sie die Disziplinen und Fachgebiete bestimmen, in denen der Magistertitel verliehen werden kann, und sie können zusätzliche Betreuer für Doktoranden ernennen.

6) Lehre: Auf der Grundlage der staatlichen Erziehungspolitik und -richtlinien können die Hochschulen ihre Dienstleistungen für die Gesellschaft ausweiten, ihre Lehrpläne und -programme festlegen, das Lehrmaterial auswählen und ihre Lehrinhalte und -methoden reformieren.

7) Forschung: Unter der Voraussetzung, daß die vom Staat geforderten Forschungsaufgaben erfüllt werden, können die Hochschulen ihre Forschungsthemen selbst bestimmen und auch Auftragsforschung übernehmen. Sofern keine Mehrkosten entstehen, können die Hochschulen auch selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Einheiten Forschungsinstitute sowie Lehr- und Produk-

tionsstätten errichten. Sie können von Betrieben finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen und über deren Verwendung selbst entscheiden.

8) Austauschbeziehungen: Unter Einhaltung der entsprechenden staatlichen Gesetze können die Hochschulen eigene Austauschbeziehungen mit dem Ausland betreiben. Die ihnen für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel können sie für ins Ausland gehendes Personal verwenden. Bestimmte, speziell dafür berechnete Hochschulen sind für die politische Überprüfung der ins Ausland zu entsendenden Mitarbeiter selbst verantwortlich.

In einem Kommentar zu den neuen Bestimmungen (RMRB, 4.6.86) heißt es, die Hochschulen seien lange Zeit mit Verwaltungsmethoden verwaltet worden und die Aufsichtsbehörden hätten eine übermäßig starke Kontrolle ausgeübt. Durch die neuen Bestimmungen würden die Hochschulen mehr Entscheidungsfreiheit erhalten, ihre Verwaltung würde vereinfacht und Aufgaben delegiert. Es käme nun darauf an, die Entscheidungsgewalt gut zu delegieren, was aber nicht bedeute, daß man den Dingen freien Lauf lasse und staatlicherseits nicht einschreite. Wie eine Hochschule funktioniere, hänge letztlich von den Fähigkeiten ihrer Führung ab. Mit der erweiterten Kompetenz steige auch die Verantwortung.

Die Kompetenzerweiterung der Hochschulen, so heißt es weiter, sei eine völlig neue Sache. Sicherlich würden bei dieser Reform Probleme auftauchen; darauf müsse man vorbereitet sein. Man dürfe aber nicht umkehren, sondern müsse die Richtung beibehalten und die Probleme lösen. Mit der Durchführung der Bestimmungen werde die Reform der Hochschulen und damit auch die Modernisierung Chinas vorangetrieben.

Die Kompetenzerweiterung, die die Hochschulen aufgrund der neuen Bestimmungen erhalten, bezieht sich im wesentlichen auf die praktische Verwaltungs- und Lehrtätigkeit. Sie bedeutet nicht etwa eine generelle Autonomie der Hochschulen. Auch unter den neuen Bestimmungen unterliegen die Hochschulen der Kontrolle der Zentralbehörden. Der Hochschulsektor bleibt nach wie vor derjenige Bereich im chinesischen Bildungswesen, über den sich der Staat die unmittelbarste Kontrolle vorbehält. -st-

* (22)

Mehr Institute zur Verleihung akademischer Titel berechtigt

Anfang Juni 1986 ging die 3. Sitzung des Staatsratkomitees für akademische Titel zu Ende. Auf dieser Sit-

zung wurde die Liste derjenigen Institutionen und Wissenschaftler, die zur Vergabe akademischer Titel bzw. zur Annahme von Doktoranden berechtigt sind, erweitert. Zugleich wurden neue Schwerpunkte für die Arbeit gesetzt. Nach eingehender Prüfung sind jetzt 671 wissenschaftliche Institute berechtigt, den Dokortitel zu verleihen, und 1.797 Professoren sind berechtigt, Doktoranden zu betreuen. Für den Magistertitel haben diese Berechtigung 2.045 Institute. Was die fachlichen und geographischen Schwerpunkte anbelangt, so wurden relativ viele Institute in den angewandten Wissenschaften wie Wirtschafts-, Rechts- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin ausgewählt. In geographischer Hinsicht erhielten insbesondere Institute in den Grenzgebieten, zumal im Südwesten und im Nordwesten, die Berechtigung, akademische Titel zu vergeben (GMRB, RMRB, 3.6.86). -st-

*(23)

Maßnahmen gegen Unregelmäßigkeiten bei den Hochschuleingangsprüfungen

Die Disziplin-Kontrollkommission des ZK der KPCh und die Staatliche Kommission für das Erziehungswesen haben kürzlich - rechtzeitig vor den Hochschuleingangsprüfungen - eine Zirkularnote über die Ausschaltung von Unregelmäßigkeiten bei diesen Prüfungen an alle Einheiten auf Provinzebene geleitet. Darin werden diese aufgerufen, Disziplin-Kontrollgruppen einzurichten, die Unregelmäßigkeiten bei den Aufnahmeprüfungen zur Hochschule untersuchen und behandeln sollen. Bekämpft werden sollen solche ungunstigen Praktiken wie Begünstigung, Schummelei und Betrug sowie Zugang durch die "Hintertür". Einige örtliche Stellen, so heißt es in dem Zirkular, vernachlässigten ihre Pflichten bei der Abhaltung der einheitlichen Aufnahmeprüfungen und ließen Betrügereien durchgehen oder beteiligten sich sogar daran. So komme es vor, daß Kader oder Lehrer von Mittelschulen falsche Berichte über die politisch-ideologische Einstellung der Prüflinge verfaßten oder daß das Personal an Krankenhäusern die Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen fälsche. Häufig würden auch die Eltern von Prüflingen oder erwachsene Prüflinge das Zulassungspersonal zu Essen einladen oder beschenken, um auf diese Weise Einfluß zu nehmen. An einigen Orten würden darüber hinaus einfach die Quoten für solche Kandidaten erhöht, die auf Empfehlung, also ohne Prüfung, zu einer Hochschule zugelassen werden. Schließlich gibt es auch Hochschulen, die Schüler mit nicht ausreichenden Zensuren aufnehmen, z.B.

wenn sie sie im Auftrag für andere Einheiten ausbilden sollen (also offensichtlich, um die Studiengebühren zu kassieren), und auf diese Weise den staatlichen Zulassungsplan unterminieren.

Im einzelnen enthält das Zirkular folgende Bestimmungen:

- Alle Bewerber für eine staatlich anerkannte Hochschule müssen an der einheitlichen, vom Staat organisierten Prüfung teilnehmen. Die Prüfungen müssen streng durchgeführt und durch Kontrollgruppen beaufsichtigt werden, die Unregelmäßigkeiten ahnden sollen.
- Die Überprüfung, Untersuchung und Einschätzung der Prüflinge hat genau zu erfolgen. Wer Fakten verheimlicht oder fälscht, wird zur Verantwortung gezogen.
- Die Zulassung hat streng nach den von der Staatlichen Erziehungskommission festgelegten Regeln zu erfolgen. Alle Einheiten auf Provinzebene müssen Disziplin-Kontrollgruppen einrichten, die die Durchführung der Zulassungsbestimmungen und die Einhaltung der Disziplin beaufsichtigen.
- Die Hochschulen müssen die von der Staatlichen Erziehungskommission festgelegten Zulassungsbestimmungen genau einhalten. Reformmaßnahmen müssen vorher von der Staatlichen Erziehungskommission gebilligt werden. Die Zulassungspläne des Staates dürfen nicht verändert werden. Hochschulen, die nicht in den Zulassungsplänen aufgeführt sind, dürfen ohne Berechtigung keine Studenten aufnehmen.
- Alle Betroffenen, die Prüflinge wie die Kader, müssen zur Einhaltung der Disziplin erzogen werden. (RMRB, 14.6.86; vgl. auch GMRB, 14.6.86)

Die zunehmenden Unregelmäßigkeiten bei den Hochschulaufnahmeprüfungen erklären sich daraus, daß alle Absolventen der Oberstufe regulärer Mittelschulen einen Studienplatz an einer regulären Hochschule begehren, aber nur eine relativ kleine Zahl zugelassen wird und daher die Zulassungsbedingungen erschwert sind. Ein Hochschulstudium verschafft Prestige und zumeist auch nach dem Studium eine gute Stellung; deshalb wird es jeglicher praktischen Tätigkeit vorgezogen. -st-

*(24)

Institute für chinesische Medizin

In Beijing wird zur Zeit die erste Hochschule Chinas für Akupunktur und Moxibustion aufgebaut. Das Beijinger Institut wird sich darauf spezialisieren, Mediziner aus dem In- und Ausland in Akupunktur, Moxibustion, Orthopädie und Traumatologie auszubilden. Für jede dieser vier Fachrichtungen werden vorerst 15 Studenten aufgenommen. Da die neuen Institutsgebäude noch nicht fertiggestellt sind, werden die Studenten in der Chinesischen Akademie für traditionelle chinesische Medizin studieren. Die neue Hochschule bietet auch Postgraduierten Studienmöglichkeiten. An sie angeschlossen ist ein Krankenhaus mit 500 Betten, an dem zusätzlich 1.500 Patienten pro Tag ambulant behandelt werden können. Akupunktur und Moxibustion, so heißt es weiter, würden inzwischen bei über 300 Krankheiten angewendet, u.a. bei Gallensteinen, Malaria, Ruhr, Schizophrenie, Enzephalitis usw. (XNA, 20.6.86).

In Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, wird eine Akademie für traditionelle chinesische Medizin und medizinische Pflanzen eingerichtet. In Sichuan praktiziert ein Siebentel aller chinesischen Ärzte für traditionelle Medizin und wachsen 70 Prozent aller Heilkräuter Chinas. Die Akademie soll bis zum Jahre 1988 fertiggestellt sein und wird durch Zusammenfassung aller Provinz-institute für chinesische Heilkunde, Heilkräuter und Pflanzenkultur entstehen (XNA, 27.6.86).

Die traditionelle chinesische Heilkunde ist heute wieder stark im Aufbau begriffen, doch bemüht man sich, sie mit modernen wissenschaftlichen Methoden zu erforschen. Der Vorteil der chinesischen Medizin ist, daß sie keine großen Investitionen erfordert und bei der Behandlung keine Nebenwirkungen erzeugt. -st-

*(25)

Mongolistik in der VR China

Das Verhältnis zwischen China und der Mongolischen Volksrepublik ist heikel und von zahlreichen Problemen belastet (Näheres dazu C.a., Juni 1983, Ü 1). Während Ulan Bator den Chinesen gegenüber höchst mißtrauisch ist und sich hinter dem Rücken seines Schutzherrn, der UdSSR, zu verstecken sucht, zeigt China strahlendes Lächeln und Gesten der Werbung. U.a. bekommt Ulan Bator aus China immer wieder zu hören, was für ein großes Volk die Mongolen doch seien und welch beeindruckende Geschichte sie aufzuweisen hätten - nicht zuletzt in der Gestalt des (von der UdSSR tabuisierten) Dschingis Khan!

Ganz in diesem Sinne wirkt auch die chinesische Mongolistik, die Forschungszentren in der Inneren Mongolei, in Beijing, Nanjing und Lanzhou unterhält. China bezeichnet sich selbst als eines der Mongolistik-Zentren der Welt. Derzeit gebe es über fünfzig Mongolistik-Forschungsorganisationen mit über 500 Wissenschaftlern, die seit 1979 jährlich etwa 500 wissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht haben. Neben Geschichte, Archäologie und Literatur würden auch neue Bereiche wie Geschichte der Philosophie, Gesellschaftsideologie, Wirtschaft, Militärwissenschaft, Lokalgeschichte, Heilkunst und Volkskunst in die Forschungsarbeit einbezogen. Seit 1979 auch wurden fünf Symposien abgehalten, an denen chinesische und ausländische Historiker teilnahmen und Abhandlungen in Chinesisch, Mongolisch und Englisch lieferten.

Auch Linguistik und Schrift finden hohes Interesse, was die Gesamtzahl von rd. 700 wissenschaftlichen Abhandlungen seit 1979 beweist. Inzwischen ist auch eine "Grammatik der modernen mongolischen Sprache" auf Chinesisch sowie ein Mongolisch-Chinesisches Wörterbuch erschienen.

Im Bereich der Literatur wurden Studien zur "Geheimen Geschichte der Mongolen" sowie zu den Epen "Gesar" und "Jangar" herausgegeben.

Die Archäologie hat sich auf Fundstätten in der Inneren Mongolei konzentriert und fand Überreste des Hetao-Menschen aus der Altsteinzeit und Relikte der Hongshan-Kultur aus der Jungsteinzeit sowie Siedlungsreste aus der Bronzezeit in Erdusi und Chifeng.

1986 auch wurde eine Gesellschaft für das Studium der Kriegskunst Dschingis Khans und eine Gruppe für das Studium der mongolischen Wirtschaftsgeschichte gegründet (BRu 1986, Nr. 26, S. 25). -we-

*(26)

Schulwesen in Tibet

Nach Informationen des stellvertretenden Direktors der regionalen Erziehungsbehörde Tibets verfügt das Autonome Gebiet über 3 Hochschulen, 14 technische Schulen auf Sekundarschulebene, 56 reguläre Sekundarschulen und 2.315 örtlich betriebene Grundschulen. Die Gesamtzahl aller Schüler und Studenten beträgt 146.000. Der Schwerpunkt der Erziehungsarbeit soll auf den Ausbau der Grundschulbildung gelegt werden. Außerdem soll verstärkt darauf geachtet werden, daß die tibetische Sprache im Unterricht verwendet wird. Es sollen all-

mählich zwei Unterrichtssysteme eingeführt werden, eines in Tibetisch und eines in Chinesisch (Radio Lhasa, 25.5.86, nach SWB, 28.5.86).

Einer Xinhua-Meldung sind folgende Daten zu entnehmen: In Tibet gibt es 255 Schwerpunkt-Grund- und Mittelschulen mit 32.500 Schülern. Verpflegung, Kleidung und Unterkunft für diese Schüler stellt die Regierung, während die übrigen Schüler eine Unterstützung erhalten, die die Regierung verdoppelt hat. Tibet, so heißt es, habe während des 6. Fünfjahrplans (1981-85) 270 Mio. Yuan für das Erziehungswesen ausgegeben, 2,72mal mehr als in der voraufgegangenen Planperiode. 78% der Zuwendungen seien für die Grund- und Mittelschulbildung verwendet worden. In den vergangenen fünf Jahren, so wird weiter berichtet, hätten die Erziehungsbehörden 2.250 Lehrer und Beamte für die Schulen ausgebildet, davon seien über 60% Tibeter oder Angehörige anderer Minderheiten. Zur Sprachsituation heißt es, daß auf der Grundschule jetzt alle Fächer in Tibetisch unterrichtet würden, während Tibetisch auf den Hochschulen und Sekundarschulen Pflichtfach ist (XNA, 30.5.86). Daraus ist zu folgern, daß auf den Mittel- und Hochschulen Chinesisch generelle Unterrichtssprache ist. Auch hier sind jetzt offensichtlich Bemühungen im Gange, den Unterricht in Tibetisch zu fördern. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(27)

Wirtschaftsgesetze

Im April 1986 verabschiedete die 4.Tagung des VII.Nationalen Volkskongresses (NVK) die "Allgemeinen Vorschriften des Zivilgesetzes". Ferner wurde das Gesetz zu Unternehmen mit ausschließlich ausländischer Kapitalbeteiligung angenommen. Zu Beginn des Jahres waren bereits die Bestimmungen über den Zugang von Joint-Venture-Erzeugnissen auf dem chinesischen Markt und Bestimmungen zum Devisenausgleich für diese Unternehmungen verabschiedet worden. Darüber hinaus sind sog. "Registered Capital"-Vorschriften für Joint Ventures (equity und Kooperation) sowie 100%ig ausländische Unternehmen erstellt worden. Ferner waren bereits im August des Vorjahres die Regelungen zur Prüfung und Genehmigung von Technologieimport-Verträgen, "die dem Gesetz vom 24.05.1985 über das Verfahren bei Technologieimport-Verträgen unterliegen", genehmigt wurden. Das heißt, daß das "Regelungs-

instrumentarium auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts" erheblich vervollständigt worden ist.

Von besonderer Bedeutung war das Gesetz zu Unternehmen mit ausschließlich ausländischer Kapitalbeteiligung, das in der veröffentlichten Fassung einen Enteignungsschutz vorsieht. Nur "bei Vorliegen besonderer Umstände, im öffentlichen Interesse und gegen angemessene Entschädigung in einem rechtlichen Verfahren" sollen Enteignungen möglich sein. Entscheidungen über die Zulassung eines rein ausländischen Unternehmens sollen innerhalb von 90 Tagen erfolgen. Die Registrierung und "Beantragung der Betriebserlaubnis hat innerhalb von 30 Tagen nach der Errichtungsgenehmigung" zu erfolgen. (BfA/NfA, 26.06.86) -ma-

*(28)

Hu Yaobang vor deutschem Industrie- und Handelstag

Während seines politischen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland referierte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (13.Juni 1986) zu Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen und der langfristigen Wirtschaftskooperation zwischen China und Westeuropa, insbesondere Bundesrepublik Deutschland.

Hu bewertete die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und den westeuropäischen Ländern als insgesamt "erfreulich". Speziell die deutsch-chinesischen Beziehungen haben sich für beide Seiten zufriedenstellend entwickelt. Das lasse sich an vier Aspekten belegen.

1. Der bilaterale Handel habe einen stetigen Aufstieg verzeichnet. "Seit Jahren ist die Bundesrepublik der größte Handelspartner Chinas in Westeuropa und nimmt im chinesischen Außenhandel nach Japan und den USA den dritten Platz ein." 1985 erreichte das Handelsvolumen gut 3 Mrd. US\$ (gegenüber 1984 plus 38,3%).

2. Sowohl die Bereiche der Kooperation als auch die Formen der Zusammenarbeit seien ausgeweitet worden. Insgesamt existieren Vereinbarungen über mehrere hundert Projekte, "u.a. auf den Gebieten Maschinenbau, Chemie, Baugewerbe, Kohle, Metallurgie, Leichtindustrie, Energiewirtschaft, Transport- und Verkehrswesen". Mit Blick auf die Formen der Kooperation sind sowohl "kooperative Produktion, das Kompensationsgeschäft, Joint Ventures, die gemeinsame Forschung und Entwicklung sowie die Zusammenarbeit durch